

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6793, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postparaffatonto 37544.

Einzelpreis 70 Heller. Versandbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Der westungarische Konflikt. Magyaren will das Burgenland nicht räumen.

Die Magyaren haben das Burgenland trotz Ratifizierung des Vertrages von Trianon, trotz des deutlichen Willens der Entente und der warnenden Presse der kleinen Entente noch immer nicht verlassen. Im Gegenteil: Sie beginnen sich allem Anschein nach im Burgenland nach ihren anfänglichen Aufbrüchen wieder festzusetzen. Die Entente hat doch duldsam zugesehen, wie Hortih nur zum Schein abzurückte, in Wirklichkeit zu einer „Vollserhebung“, als welche sich die Räumereien der Szekesburg und Pronsau darstellen, ausholt. Anstatt aber ganz entschieden mit dem Aufgebot ihrer moralischen und materiellen Macht die Räumung des Burgenlandes durchzusetzen oder wenigstens Deutschösterreich das Mandat zur bedingungslos energischen Uebernahme zu geben, wurde Deutschösterreich offensichtlich unter französischem Einfluß aufs Zurückweichen verwiesen. Daß sich die Magyaren nach dieser geradezu impotenten Handlungsweise der Entente nicht scheuen, Deutschösterreich einfach ironische Bedingungen einer gemeinsamen Herrschaft über das Burgenland zu stellen, wobei magyarisches Gendarmen und andere Mordgesellen den „Sicherheitsdienst“, und — was noch grotesker klingt — die „Pazifizierung“ des Landes übernehmen sollen, das ist voll und ganz die Schuld der rat- und geistlosen Entente. Einseitigen kommt aber auch schon aus „eingeweihten Kreisen“, nämlich aus dem Budapester Außenministerium, die Nachricht, daß Banffy an seinen Rücktritt nicht einmal denkt, oder besser gesagt, es sich schnell überlegt hat, zu demissionieren. Herr Graf, der mit einer besonderen Mission nach Wien geschickt wurde, dürfte ihm in Anblich der charakterlosen Jämmerlichkeit der christlichsozialdemokratischen Wiener Regierung von seiner Demission abgeraten haben. — Wie eine Ergänzung zu der Jämmerlichkeit und Unentschlossenheit des Wiener Kabinetts und seines heldenhafte Befreiungszuges ins Burgenland klingt die Meldung, daß Herr Stephan Friedrich und seine Partei beschlossen haben, mit der äußersten Energie auf die Erledigung der westungarischen Frage zu dringen. Sowohl in der Wiener Strozsigasse als auch im Palais de Bourbon scheint nicht der rechte Wille zu sein, das Burgenland von dem Gefindel zu befreien, das sowohl den Herrn Matzja als auch die französischen Offiziere kürzlich noch so herzlich bewirtet hat.

Der Beschluß der Postfachkonferenz. Magyaren entschuldigt sich.

Wien, 1. September. Im Ausschuß für Neuverhandlung erklärte Bundeskanzler Dr. Schober am Schluß seines ausführlichen Exposés, daß ihm von dem Wiener magyarisches Gesandten eine Note seiner Regierung überreicht wurde, in der sie ihr Bedauern über die Vorkommnisse ausdrückt und versichert, daß die vorgekommenen Angriffe nicht mit Wissen und Willen der magyarisches Regierung stattgefunden haben und von der magyarisches Regierung auf das entschiedenste mißbilligt werden. Die magyarisches Regierung wäre bestrebt gewesen, das Eindringen unverantwortlicher Elemente in das von den ungarischen Truppen und Gendarmen geräumte Gebiet hintanzuhalten und habe allen ihren Organen strikte Weisungen gegeben, sich aus dem Bereiche der Zone sofort zu entfernen und sich jedes gewaltsamen Vorgehens unbedingt zu enthalten. Sie würde es auf das tiefste bedauern, wenn den getroffenen Anordnungen nicht unbedingt Folge geleistet worden wäre und bedauert, es daher zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gekommen sei. Sie kündigt eine genaue Untersuchung und strenge Bestrafung der Schuldigen an und macht sich erbötig, falls es der österreichischen Regierung erwünscht sei,

an einer Aktion zur Wiederherstellung der Ordnung in der Zone A mitzuwirken. Schließlich kündigt sie einen weiteren Vorschlag bezüglich der Zone B an.

Wien, 1. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Der Ausschuß für Neuverhandlung hat heute nach dem Exposé des Bundeskanzlers über die westungarische Frage folgende Resolution beschlossen:

„Der Ausschuß billigt entsprechend seinen Beschlüssen vom 13. und 27. August, daß die Regierung ausschließlich diplomatische Mittel anwendet, um die Uebergabe des Burgenlandes an Oesterreich zu erlangen. Er beauftragt die Regierung, die alliierten Mächte zu ersuchen, ihr für die Sicherung der von Ungarn geräumten Gebiete und für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sofort freie Hand zu lassen. Sobald Ungarn, der neuen Weisung der Mächte Folge leistend, das ganze burgenländische Gebiet geräumt haben und damit das burgenländische Volk aus der Bedrängnis, in die es das dem Friedensvertrag widersprechende Verhalten Ungarns gebracht hat, befreit sein wird, wird der Aufnahm der schon in den früheren Beschlüssen des Ausschusses in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Fragen finanzieller und anderer Natur, die sich aus der Uebergabe ergeben werden, nicht im Wege stehen.“

Aus dem Exposé des Bundeskanzlers Dr. Schober ist von Interesse die Darstellung der Hintergründe der ungarischen Regierung. So hat der ungarische Gesandte am 28. August die Erklärung abgegeben, daß sich nach seinen Informationen der österreichische Einzug in das Burgenland ohne Störung vollziehen werde und daß ungarischerseits entsprechend den Weisungen der Entente vorgegangen worden sei. Der Bundeskanzler bemerkte, daß aber um diese Zeit bereits ein ungarischer Ministerrat beschlossen hatte, die Zone II überhaupt nicht zu räumen, sondern sie als Pfand für die finanziellen Ansprüche zu behalten. Der Bundeskanzler machte auch Mitteilung von dem Beschluß der Postfachkonferenz zur westungarischen Frage. Dieser Beschluß ist aber der österreichischen Regierung noch nicht offiziell zur Kenntnis gebracht worden, sondern der ungarische Gesandte in Wien hat bloß der österreichischen Regierung allgemein mitgeteilt, daß die Postfachkonferenz gegen die Vorfälle in Westungarn protestiert, die ungarische Regierung hierfür verantwortlich macht, auf die Ungarn bereits gemachten Zugeständnisse hinweist und verlangt, daß die ungarische Regierung ohne jeden Verzug ihren Verpflichtungen nachkomme.

Aus den weiteren Beratungen des Ausschusses ist die Mitteilung des Referenten über den Friedensvertrag mit Amerika von Interesse, daß in dem Vertrag der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain nicht enthalten ist, der den Anschluß an Deutschland verbietet.

Betharische Ansinnen.

Wien, 1. September. Bundeskanzler Dr. Schober sprach gestern im Auswärtigen Ausschuß über Westungarn und führte an, daß der magyarisches Gesandte in Wien der österreichischen Regierung im Namen seiner Regierung einen Antrag unterbreitet habe, wonach Ungarn das ganze westungarische Gebiet, außer Oedenburg, unter der Bedingung räumen würde, daß die bisherigen Behörden im ganzen Gebiete die Verwaltung weiterführen. Oedenburg würde bis zur Erledigung der Frage von Oesterreich und Ungarn gemeinsam verwaltet werden, wobei magyarisches Gendarmen der Sicherheitsdienst in der Stadt versehen würden. Ferner habe die österreichische Regierung eine Note aus Budapest erhalten, in welcher ihr magyarisches militärische Formationen zur — Pazifizierung (!) Westungarns angeboten werden.

Der Abwehrkampf gegen die Reaktion in Deutschland.

Was schon längst eine dringende Notwendigkeit gewesen, aber am Optimismus der Regierungsparteien gescheitert war, die den Junkern wohl nur das Heilen, aber nicht das Verheeren zutrauen, will nun Wirklichkeit werden: Alle überzeugten Anhänger der deutschen Republik bekommen die immer unverhüllter vordringenden Stöße der Reaktion endgültig satt. Sie begnügen sich nicht mehr, den Reaktionen wie etwas Schicksalsgewolltes geduldig hinzunehmen und bloß die ergrünten Uebergriffe müde abzuwehren. Sondern sie stoßen zum Alarm und schließen sich an, Monarchisten u. Rechtsputschisten, diese mit ewig schuldbeladenen Kriegsverbrechen, aus ihren angemaßten und so gar nicht angemessenen Nachstellungen zu verjagen. Die halbe Million von Sozialisten und Demokraten aller Farben, die am Mittwoch in Berlin für die Republik demonstrierten, die ungemessenen Scharen, die allerorts in den Bundesländern sich zu den gleichen Angriffswillen gegen reaktionäre Frechheiten bekannnen, haben dem Bundeskanzler Wirth merklich den Rücken gestärkt. Am Grabe Erzbergers fand er so scharfe Worte gegen die feudalen Feinde des neuen Deutschland, wie sie von antilicher Seite bisher noch nie ertönten, und noch entscheidender klingt seine Äußerung Pressevertretern gegenüber. Freilich, um über die Worte hinaus zu Taten zu gelangen, müssen Reichsregierung und Fortschrittsmänner fast zu einander stehen, denn daß der Kampf schwer und zäh werden wird, dafür zeugt von der Nachstellung des Gegners abgesehen, der Widerstand des erzkonservativen Ministeriums klar in München. Solange Länder und Reich so verschiedene Politik machen dürfen, kann von einem durchgreifenden Sieg der Republik keine Rede sein. Jedenfalls beginnt am Feuer des inneren Herdes das Zuppchen des äußeren Gegners schmelzen zu werden, wenigstens taucht das Gerücht vom Völkerbund auf, daß er sich nach einer berühmten Sforzalinie teilen wolle. Die Vaterlandspatrioten erreichen also wieder, was ihnen immer glückte: ihre Melancholie, das Vaterland, zu schädigen, um selbst den Rahm von Milch abschöpfen zu können.

Wirths Grabrede auf Erzberger

Wirths Grabrede auf Erzberger klingt in die Länge aus: Erzberger hat sich zum Amt des Unterhändlers zu dem Waffenstillstand nicht gedrängt. Diejenigen, die die Verantwortung zu tragen hatten, sind nicht gegangen. Seine Haltung war ritterlich und deutsch, nicht wie man gemeint hat, hündisch und feig. Er mußte die Waffenstillstandsbedingungen annehmen, konnte was auch kommen mög. Ich sage nicht zu viel, wenn ich es ausspreche, daß schon dieser Gang vielleicht sein Todesgang war. Aber das ist nicht die einzige Stunde, in der Erzberger seinen Mut zeigte. Die zweite Stunde kam in Weimar, als der Friede zu unterzeichnen war. Er war der Staatsmann, der sich die Frage vorlegte, ob wirklich die Stunde kommen sollte, wo wir durch den Einmarsch des Feindes dem Volke auch noch das Letzte geraubt wird, was es besaß. Erzberger stand an der Wiege des neuen demokratischen Staatsgedankens. Er hat sich als Schöpfer einer neuen Wehrmacht bewährt.

Er hat das neue einheitliche Finanzwesen für das Reich aufgerichtet. Im ist es gelungen, eine einheitliche Post und Eisenbahn in Deutschland zu schaffen. Es ist Lüge, wenn man ihm nachsagt, er sei ein kleiner und erbärmlicher Mensch gewesen. Im Gegenteil, er hat alle begeistert durch den weiten Blick seiner Ideen und durch die Kraft, mit der er sich durchzusetzen vermochte. Das Vaterland ist in Not und wir rufen es in alle Gauen. Volk, wache auf und schüttele die ab, die dich aufs neue in schwere Bedrängnis bringen wollen.

Wir sind Kämpfer, aber wir wollen blutig kämpfen. Ueber unserer Politik muß das Zeichen der Erlösung schweben. Während wir am Grabe stehen, setzen sich in Deutschland Hunderttausende in Bewegung. Gott bewahre uns vor neuem Unglück und segne, lieber Freund, dein Werk.

Einen Volkserbericht zufolge erklärte Wirth einem Pressevertreter auf die Frage, welche politische Folgen die Ermordung Erzbergers voraussichtlich auslösen werde, u. a.: Die übertriebenen Kundgebungen chauvinistischer Kreise hätten außenpolitisch und innenpolitisch Unheil angerichtet. Im Augenblick werden wir außenpolitisch das demokratische Selbstbestimmungsrecht fordern. Imperialisiert man die Politik des Reiches, dann könne die ungeheure Erregung des demokratischen arbeitenden Volkes die schlimmsten Wirkungen haben. Der Staat und seine Ordnung selbst könnten durch die Politik von Rechts, die den Massenbruch von links auslöst, in Gefahr gebracht werden. Der Wirth an Erzberger hat die sozialistischen Parteien einander näher gebracht. Man soll sich auf der Rechten darüber klar sein, wie der Versuch, die Republik in Not zu führen, von der gekauften deutschen Arbeiterwelt beantwortet wird. Die Reichsregierung erfülle in den gestrigen Maßnahmen nur ihre Pflicht, indem sie der großen Gefahr vorzubeugen suchte.

Die bayerische Rebellion.

Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Nachdem in den übrigen Teilen des Reiches der Ausnahmezustand aufgehoben worden ist, soll in den nächsten Tagen durch einen Erlass des Reichspräsidenten auch in Bayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen. Nach Artikel 48 der Verfassung müssen auf Verlangen des Reichspräsidenten oder auf Verlangen des Reichstages auch an die Landesregierungen die von ihnen erlassenen Ausnahmeverordnungen außer Kraft setzen. Die bayerische Regierung scheint aber die Absicht zu haben, sich dem Willen der Reichsregierung entgegenzustellen. Die Blätter der bayerischen Volkspartei, die jetzt in Bayern regiert, verlangen die Einberufung des Landtages, damit dieser alle Eingriffe des Reiches in die staatliche Selbständigkeit Bayerns zurückweise, und die bayerische Regierung läßt bereits verkünden, daß sie gegen die Maßnahmen der Reichsregierung gegen die nationalistische Verheerung in Berlin Schritte unternehmen will. Die Bayern bekennen sich also offen zum Widerstand gegen das Reich. Hält die bayerische Regierung an diesem Standpunkt auch nur einen Tag fest, so wird aufs Neue offenkundig, daß sie ihre Aufgabe im Schutz der Mordgesellen und der Anführer zum Mordanschlag erblickt. Schon einmal setzte sie dem Reiches Widerstand entgegen, als der Friedensvertrag und das Ultimatum erfüllt und die Einwohnerwehren aufgelöst werden sollten, weigerte sie sich, den Anordnungen der Reichsregierung zu folgen und brachte das deutsche Volk damit in die äußerste Gefahr schwierigster arbeitspolitischer Konflikte. Sie gab damals Scheinbar nach, denn heute dürfte kaum noch daran zu zweifeln zu sein, daß die Einwohnerwehren im Geheimen ebenso gut fort bestehen, wie die sonstigen Ortschaften in manchen anderen Landesteilen. Jetzt wiederholt die Rahr-Sippe ihr verruchtes Spiel. Doch nun sollte das Maß voll sein. Will die Reichsregierung nicht einen Zustand eingetreten lassen, daß sich die Arbeiterklasse, die sich jetzt hinter sie gestellt hat, um die Früchte ihres Kampfes betrogen sieht, dann muß sie sofort Maßnahmen ergreifen, um den Widerstand dieser Reichsfeinde zu brechen.

Die bayerische gegen die Reichsregierung.

Berlin, 1. September. Wie die Blätter aus München melden, beschäftigte sich der bayerische Ministerrat, der gestern sechs Stunden tagte, mit den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit, sowie mit den jüngsten Erlassen der Reichs-

regierung, vor allem mit dem Zeitungsverbot und dem Verbot des Uniformtragens. Der Ministerrat hat beschlossen, gegen diese Verbote bei der Reichsregierung nachdrücklich Protest zu erheben und zwar sowohl gegen die Form der Erlasse, wie auch gegen deren sachlichen Inhalt. Wie die Blätter aus München melden, ist trotz des Verbots des Reichsministeriums sowohl der „Miesbacher Anzeiger“ als auch der „Böhmische Beobachter“ am Mittwoch erschienen. Die Polizei beachtet nicht, dagegen einzuschreiten.

Der Parteitag der Königsreuen.

München, 1. September. (Wolff.) Der 3. Parteitag der deutschnationalen Volkspartei wurde heute vormittags unter Teilnahme von 4000 Personen eröffnet. Erschienen waren auch Vertreter der Bruderparteien Deutsch-Österreichs, Tirols und der Tschechoslowakei, ferner Abgeordnete aus Danzig und dem Saargebiete. Der Vorsitzende, der frühere preussische Finanzminister Bergt, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schweren Kämpfe hin, die die Partei gegenwärtig zu bestehen habe. Die Partei werde den Kampf mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln durchzuführen, aber nicht nur in der Defensive. Oberst von Klabender, Vorsitzender der Münchner Ortsgruppe, der in voller Uniform erschienen war, betonte, daß die Bayern unentwegt zu dem angestammten Königs Hause ständen und zum Reich Bismarckscher Schöpfung.

Die Demonstration im Reich.

Berlin, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie in Berlin, so haben im ganzen Reich die Demonstration gegen die nationalistische Gefahr einen riesenhaften Umfang angenommen. Fast überall gingen die sozialistischen Parteien gemeinsam vor. In Hamburg beteiligten sich über 100.000 Personen an der Kundgebung, nicht viel weniger in Leipzig. Ähnlich lauteten die Berichte aus Halle, Magdeburg, Essen, Kassel, Karlsruhe und überhaupt aus allen Orten, in denen Arbeitsbevölkerung wohnt.

Brüderliche Grüße der englischen an die deutschen Genossen.

Berlin, 1. September. Wie der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ melden, lief bei den Redaktionen dieser Blätter folgendes Telegramm aus London ein: „Das Exekutivkomitee der Sozialdemokratischen Föderation versendet an die Genossen beider Parteien der deutschen Sozialdemokratie an diesem Tage des großen einheitlichen Protestes gegen die militärische Aktion, die jetzt die deutsche Republik schwer bedroht, die herzlichsten und brüderlichen Grüße.“

Die Sedanfeier in Berlin verboten.

Berlin, 1. September. Der Polizeipräsident hat die von verschiedenen Ortsgruppen der deutschnationalen Volkspartei in Großberlin für den 2. September geplante Sedanfeier mit Rücksicht darauf verboten, daß die von politisch rechts stehenden Kreisen in jüngster Zeit veranstalteten nationalen Feiern nur zur Verherrlichung der Monarchie und zur Verächtlichmachung der deutschen Republik mißbraucht worden sind.

Die Auflösung der staatlichen Ernährungswirtschaft.

Zeit der Entstehung der tschechoslowakischen Republik kämpft die Arbeiterschaft dieses Staates um eine geordnete Ernährungswirtschaft. Wir sind seit nunmehr zweieinhalb Jahren daran gewöhnt, bei jeder neuauftauchenden Frage die Unfähigkeit der bürokratischen Staatsverwaltung zu beobachten. Aber schon lange ist diese Unfähigkeit nicht so kraß hervorgetreten, wie in der gegenwärtigen Ernährungswirtschaft. In den letzten Monaten herrschte auf diesem Gebiete eine völlige Anarchie. Nicht nur, daß die letzten Ernährungsminister überhaupt keine festen Pläne hatten, es wurden Verordnungen verspätet publiziert, Weisungen an die politischen Behörden erster Instanz herausgegeben, die unhaltbar waren und die tatsächlich nicht eingehalten worden sind. Kein Staatsbürger und kein Beamter der politischen Bezirksverwaltung glaubt mehr an irgend einen Ernst der Verordnungen des Ernährungsministeriums, die ohne jede Kenntnis der wirklichen Verhältnisse erlassen werden. Vor einigen Wochen wurde erst die Arbeiterbevölkerung durch eine Anordnung des Ernährungsministeriums in Aufregung versetzt, wonach eine Reduktion der Verpflegung auf 50 Prozent erfolgen sollte. Der Widerstand der Arbeiterschaft nötigte damals das Ministerium, diese unsinnige Anordnung zurückzuziehen.

Ueber den Ernährungsplan für das Erntejahr 1921-22 wurde im Parlamente wochenlang verhandelt. Die tschechischen Parteien konnten sich auf die Bewirtschaftung der Bodenprodukte nicht einigen und so bilden nicht vom Parlamente beschlossene Gesetze, sondern Regierungsverordnungen die gesetzliche Grundlage unserer Ernährungswirtschaft — sofer das Wort Wirtschaft überhaupt am Platze ist.

Die bezüglichen Regierungsverordnungen sind im Schatten der Verhandlungen über ein parlamentarisches Ministerium zur Welt gekommen, die tschechischen sozialistischen Parteien haben, um diese Regierung zu ermöglichen, große Konzessionen gemacht. Die Nationalsozialisten haben die Revolte in ihren eigenen Reihen; Kleinbauern und Gewerbetreibende, die zu dieser Partei gehören, verlangten die völlige Freigabe der Getreidewirtschaft, sodaß diese Partei gar keine Energie im Kampfe um eine geregelte Versorgung der Arbeiterschaft entfalten konnte. Auch die tschechischen Sozialdemokraten zwangen sich zu Konzessionen, um das Regieren des Herrn Suchba nicht unmöglich zu machen.

Eine Regierungsverordnung vom 30. Juni 1921 fest vor allem jene Menge des Getreides fest, das staatlich bewirtschaftet wird. Es sind dies 40.000 Waggons, also weniger als die Hälfte des vorjährigen Kontingents, das 90.000 Waggons betrug. Für 100 kg. Weizen oder Roggen zahlt der Staat 190 K. Derjenige Besitzer, der die ihm bemessene Pflichtlieferung nicht vollzieht, hat der Staatskasse für jeden Meterzentner nicht gelieferten Getreides 1000 Kronen Ersatz zu leisten. Die Verteilung des so aufgebrauchten Getreides auf die Konsumenten regelt die Regierungsverordnung vom 11. August 1921. Danach haben im Prinzip (!) vom 1. September 1921 bis zum 30. Juni 1922 Einzelpersonen mit einem Monatseinkommen bis 1000 Kronen oder Wochenlohn bis 230 Kronen, zwei- bis viergliedrige Haushalte mit einem Monatseinkommen bis 1500 Kronen oder Wochenlohn bis 350 Kronen, fünf- und mehrgliedrige Haushalte mit einem Monatslohn bis 2000 Kronen oder Wochenlohn bis 460 Kronen Anspruch, wobei das Einkommen der im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen zusammengezählt wird. Die wöchentliche Quote für diese soll ein Kilogramm Brotmehl und ein halbes Kilogramm Roggmehl betragen, wobei das Brotmehl 1 K 90 h, das Roggmehl 5 K kosten soll. 10 Prozent der ärmsten Konsumenten, die nicht näher umschrieben werden, bekommen aus Staatsmitteln eine Krone wöchentlich zwecks Verbilligung des Brotes. Die Versorgung wird von Bezirksverpflegungskommissionen durchgeführt, deren Vorsitzender ein politischer Beamter ist und in der auch die organisierten und nichtorganisierten Konsumenten vertreten sind. Darüber, wer in einer einzelnen Gemeinde in die öffentliche Versorgung aufgenommen werden soll, entscheidet eine aus der Gemeindevertretung unter Hinzuziehung der Vertreter der Konsumenten gebildete Kommission. Wer auf die öffentliche Versorgung Anspruch erhebt, muß sich innerhalb von sieben Tagen beim Gemeindevorstand melden, welches im Verlaufe von weiteren sieben Tagen entscheidet, ob die Person in die Versorgung aufgenommen wird oder nicht.

Wie aber alle Verordnungen in der tschechoslowakischen Republik, sobald sie veröffentlicht sind, von einer neuen Verordnung überholt werden, die alles aufhebt, was in der ersten Verordnung gesagt wurde, so ist es auch hier. Die Durchführungsverordnung vom 17. August 1921 ist geradezu ein Hohn für die Bevölkerung, indem darin ganz einfach gesagt wird, daß eigentlich überhaupt niemand auf die öffentliche Versorgung Anspruch hat. Wer dies etwa nicht glauben würde, dem sei die betreffende Stelle zitiert: „Für die Frage, wer in die öffentliche Versorgung aufgenommen werden soll, ist grundsätzlich die Mittellosigkeit entscheidend, für die Geltendmachung der Ansprüche auf die öffentliche Versorgung sind entscheidend die bereitstehenden Vorräte“. Damit jeder politische Beamte genau weiß, wie es die Regierung meint, sagt sie in der Durchführungsverordnung ausdrücklich, daß das Maximaleinkommen, das maßgebend ist, für die Aufnahme von Personen in die öffentliche Versorgung nur ein Hilfsmittel für mehr oder weniger zweifelhafte Fälle ist. Nun sage man uns, warum in der Tschechoslowakei Gesetze und Verordnungen gemacht werden! Was hat es für einen Sinn, in einer Verordnung den Kreis der Personen, die der öffentlichen Versorgung teilhaftig werden sollen, zu umschreiben, und dann zu sagen, es bekommt nur jeder dann etwas, wenn Vorräte vorhanden sind. Wenn jedoch Vorräte nicht vorhanden sind, bekommt niemand etwas. Wir leben eben in einem Staat, wo sich die Regierung selbst nicht einmal ernst nimmt und wo sie die Bevölkerung erst recht nicht ernst nehmen kann.

Die paar Wochen, die seit der neuen Ernährungsverfassung sind, zeigen, daß das Vorgeführte nicht bloß Möglichkeit, sondern Wirklichkeit ist. Das vorgeführte Kontingent wird in der schäblichsten Weise von den Produzenten abgeliefert. Während voriges Jahr in der Zeit vom 1. bis 20. August in Böhmen 61 bis 98 Prozent aufgekauft wurden, liefern die Landwirte von der verringerten Kontingen-

quote, die 42 Prozent des vorjährigen Kontingents beträgt, in der gleichen Zeit in Böhmen bloß 28 Prozent ab! Es ist gar keine Frage, daß der Plan der Regierung in einigen Wochen oder Monaten vollständig über den Haufen geworfen sein wird. Die vorjährige Verteilungsorganisation ist bereits heute vollständig zerstört, die Getreideämter sind in Auflösung begriffen. Auch die Revisionsabteilung ringt mit dem Tode. War die Bürokratie im vorigen Jahre unfähig, eine geordnete Ernährungswirtschaft herbeizuführen, so wird heuer der Zusammenbruch des Ernährungsplanes schon viel früher erfolgen.

Die Gesamtlage ist also die: Die größere Hälfte der Bevölkerung wird aus der staatlichen Versorgung überhaupt ausgeschlossen, sie muß das Mehl zu Weltmarktpreisen kaufen, eine gewaltige Verteuerung ihres Lebensunterhalts tritt ein. Die andere Hälfte der Bevölkerung erhält Brot und Mehl zu einem höheren Preise als bisher, aber immerhin unter dem Weltmarktpreis, hat also gleichfalls mit einer Verteuerung der Lebenshaltung zu rechnen. Es ist aber möglich, daß auch sie den Großteil ihres Brot- und Mehlbedarfes im freien Handel wird decken müssen, so daß für den größten Teil der Arbeiterschaft die staatliche Versorgung fast völlig aufgehoben ist. Ein ganz geringer Teil der zweiten Versorgungsgruppe erhält vom Staat das Mehl und Brot um eine Krone pro Person und Woche billiger — so steht es wenigstens in der Verordnung. Da aber, wie gesagt, nur ein geringer Teil des Kontingents aufgebracht werden wird, wird sich der ganze famose Ernährungsplan, den der Herr Brdlik der Petka eingeredet hat, als eitel Gesunkener erweisen.

Wir stehen heuer vor einer neuen Preis- und Teuerungswelle, von der wir nicht wissen, welchen Verlauf sie nehmen und welche Auswirkungen sie auslösen wird. Die Erhöhung des Brotpreises ist bereits da und diese Erhöhung wird naturgemäß die Preissteigerung der anderen wichtigen Lebensmittel nach sich ziehen. Die hohen Brotpreise werden die Preise der übrigen Nahrungsmittel und weiterhin die Preise für die sonstigen Bedarfsgegenstände beeinflussen und mitbestimmen. Schon jetzt kann man die ersten Anzeichen dieser Preisentwicklung sehen, wenn man die Preise des Gemüses und Obstes betrachtet. Die Anarchie im öffentlichen Versorgungsdienst zeigt uns, daß die Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei gegenwärtig nicht die Macht besitzt, die Ernährungswirtschaft nach ihren Grundsätzen u. ihren Interessen gemäß zu organisieren. Der freie Handel mit Getreide hat sich sogleich Bahn gebrochen, wir eilen mit Riesenschritten den von den Agrariern so sehr herbeigesehnten Weltmarktpreisen entgegen. Wenn die Arbeiter die Weltmarktpreise für die notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel bezahlen, dann müssen sie auch die Löhne bekommen, die am Weltmarkt üblich sind. Wenn wir das Brot so teuer kaufen müssen, wie in Amerika, dann wollen wir auch Löhne haben, wie in Amerika. Wohl wird die staatliche Bewirtschaftung durch den freien Handel mit Bodenprodukten abgelöst, damit kommt aber auch der freie wirtschaftliche Kampf wieder. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind daran schuld, wenn es in der nächsten Zeit zu schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens kommt. Die Auflösung und Aufhebung der gebundenen Wirtschaft bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes.

Die Vorschläge der Abordnung des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten beim Ministerpräsidenten und dem Ernährungsminister konnte noch nicht erfolgen, weil letzterer derzeit in der Slowakei weilt.

Die Finanzierung Oesterreichs.

Wien, 1. September. Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau erfährt: Heute findet in Genf eine Sitzung des Finanzkomitees des Völkerbundes statt, an der auf der Heimreise von London, auch Finanzminister Dr. Grimm teilnehmen wird. Die Besprechung gilt der Pflichtenmachung der Vorschüsse an Oesterreich.

Das von Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum.

London, 1. September. Nach einer Neutermeldung aus Washington erklärte der Vermögensverwalter des beschlagnahmten ausländischen Eigentums, das sich der Betrag des während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten Eigentums deutscher Staatsangehörigen auf 400 Millionen Dollars belaufe. Der Vermögensverwalter empfiehlt, diese Vermögenswerte zur Befriedigung amerikanischer Forderungen gegen Deutschland, die hauptsächlich aus der Versenkung der „Lusitania“ und anderer Schiffe herrühren, zu verwenden. Die im Gewahrsam des Vermögensverwalters befindlichen Werte würden die For-

derungen leicht decken. Ueber die Stellungnahme Hardings zu diesem Vorschlag ist noch nichts bekannt.

Das Uebereinkommen zwischen Rathenau und Loncheur. Wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, ist der Kernpunkt des zwischen den beiden Wiederaufbaumministern Rathenau und Loncheur der, daß Deutschland vom 21. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1925 den Franzosen für sieben Milliarden Goldmark Sachleistungen liefert. Dagegen sind die Franzosen verpflichtet, jährlich höchstens eine Milliarde Gold zu zahlen, wie hoch auch die deutschen Lieferungen sein würden. Nimmt man an, daß die deutschen Lieferungen sich über die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1925 gleichmäßig betreiben, so würde der Wert der deutschen Leistungen zwei Milliarden Mark pro Jahr betragen.

Oberschlesien.

Belgien, Brasilien, China und Spanien sollen die Frage prüfen.

Genf, 1. September. In der heutigen Sitzung der außerordentlichen Session des Völkerbundes wurde beschlossen, eine vorläufige Prüfung der ober-schlesischen Frage durch Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vornehmen zu lassen, also von solchen Staaten, die an den vorgegangenen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben. Die Vertreter dieser Mächte werden das Recht haben, alle diejenigen Berichte einzufordern, die sie als nützlich erachten, und nicht die erforderlichen technischen Beiräte zu benutzen. Einwohner des ober-schlesischen Gebietes — Deutsche sowohl wie Polen — können berufen werden, um mündlich Auskünfte über die Ortsverhältnisse zu geben. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden dann dem Rat Rechenschaft ablegen, der die Arbeiten seinerseits weiter verfolgen wird und jederzeit zusammenzutreten kann, um die Verhältnisse der eigentlichen Untersuchung zu prüfen.

Die Sforzalinie taucht wieder auf.

Berlin, 1. September. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der Korrespondent des „Corriere de la Sera“ beim Völkerbund mitteilt: Die beim Vize-Sekretär des Völkerbundes Monnet heute abgehaltene Sitzung der Mitglieder des Völkerbundes hat sich zu einer Geheim-sitzung über Oberschlesien gestaltet. Nach einem dreistündigen Meinungsaustausch verpflichteten sich die Teilnehmer ehrenwörtlich, strengstes Stillschweigen zu bewahren. In der Geheim-sitzung wurde hauptsächlich das Verfahren besprochen, welches der Rat am Donnerstag in der öffentlichen Sitzung über Oberschlesien abhalten will. Es soll ein Kompromiß auf Grund der vorhandenen Unterlagen angetragen werden. Die Notwendigkeit eines salomonischen Urteils scheint unvermeidlich. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt zu dieser Meldung, lieber wolle Deutschland auf Oberschlesien verzichten, als eine Teilung dieser wertvollen Wirtschaftsgruppe zuzulassen. Auch die „Bosnische Zeitung“ läßt sich von ihrem ober-schlesischen Berichterstatter melden, daß nach einer Neuerung des italienischen Delegierten beim Völkerbundrat Kompromiß eine Kompromißlösung zu erwarten sei und zwar die Sforzalinie.

General Smuts über Oberschlesien.

London, 1. September. General Smuts hielt bei seiner Ankunft in Kapstadt eine Rede über die Reichskonferenz, in der er erklärte: Die Lage in Oberschlesien sei so wichtig, daß der unmittelbare Friede der Welt ebenso mit dieser Frage zusammenhänge, wie im Jahre 1914 mit der belgischen. Die Dominions hätten England bis zu äußerster den Rücken gestärkt, um zu verhindern, daß die ober-schlesische Frage Frankreich und Deutschland in einen neuen Krieg hineinführe. Jetzt weiß Europa, daß es nicht nur mit Großbritannien, sondern mit dem ganzen britischen Reich zu tun habe. Die Dominions unterstützen den Völkerbund, sie wollen von Militarismus nichts wissen. Smuts sagte, er hoffe, daß der Völkerbund in der äußerst schwierigen Frage Erfolg haben werde.

Deuthen, 1. September. Der Belagerungszustand in Groß-Strehlitz und Stadt und Landkreis Gleiwitz ist aufgehoben.

Slowakisches. Der „Slov. Dennik“ meldet aus Lucene (Kosnez), daß dort der Abg. Hlinka am 24. August über die Frage der slowakischen Autonomie gesprochen hat. Er lud in seine Partei nicht nur Slowaken, sondern auch Magyaren und Deutsche. Er witterte gegen Schrobar, Hobscha und Wlaha, welche Verräter des slowakischen Volkes seien. Die „Rusinen“, die tschechoslowakische Kirche, werden in der Slowakei nicht geduldet werden. Die Slowakei müsse katholisch bleiben, die tschechischen Lehrer und Professoren müssen aus der Slowakei verschwinden. Hierauf sprach Hlinka auch in ungarischer Sprache. Seine Rede wurde mit

stürmischen Eisenrußen aufgenommen. Es sieht nicht gerade erbautlich in der Säuslichkeit des „tschecho-slowakischen Staatsvolkes“ aus.

Breschburg, 1. September. Das tschecho-slowakische Pressebüro meldet: Die polnische Zeitschrift „Justrovaný Kurier Cezjenny“, die in Krakau erscheint, darf infolge Verbotes des slowakischen Ministeriums in der Slowakei weder befördert, verkauft noch verbreitet werden, da es Artikel veröffentlicht, die eine der Tschechoslowakischen Republik feindselige Gesinnung erkennen lassen und Bilder aus magyarischen irredentistischen Zeitungen, die in der Slowakei verboten sind, reproduziert.

Die Zeitschrift „Krajan“, die in New York erscheint und im Dialekt von Sarys verfaßt ist, darf infolge eines schon früher erlassenen Verbotes des Ministeriums für die Slowakei dort nicht befördert, verbreitet und verkauft werden, da es im Sinne der magyarisch-polnischen Freundschaft schreibt.

Die Meldungen einiger Blätter, daß das Tragen magyarischer Nationalfarben nicht verboten worden sei, sind vollkommen unrichtig. Das bevollmächtigte Ministerium für die Verwaltung der Slowakei hat bereits im Jahre 1919 eine Verordnung erlassen, welche das Tragen, den Verkauf und die Verbreitung von Fahnen, Aolarden, Abzeichen und andere anderer Staaten verbietet und diese Verordnung ist noch in Gültigkeit.

Rußland.

Steuern.

Der Rat der Volkskommissare beschloß, in Moskau ab 15. September Abgaben für die Benutzung der städtischen Einrichtungen (Wasserleitung, Kanalisierung, elektrisches Licht, Kraftstrom, Gas und Straßenbahn) einzubeheben, wodurch es ermöglicht werden soll, diese Anlagen wieder instand zu setzen.

Englische Hungerhilfe.

London, 1. September. In dieser Woche gehen 11.000 Tonnen Lebensmittel nach Riga ab, die von den Wohltätigkeitsorganisationen für die noleidenden Kinder in Rußland zur Verfügung gestellt wurden.

Aufhebung des Baumwollmonopols.

Moskau, 1. September. (Kunstpr.) Dieser Tage steht die Aufhebung des Baumwollmonopols bevor, wodurch der Anbau der Baumwolle, der in den letzten drei Jahren so gut wie abgestorben ist, neuerdings belebt werden wird. Durch die Aufhebung dieses Monopols beweist Sowjetrußland, daß es endgültig mit den Zwangswirtschaftsmethoden brechen will.

Zur Auflösung des Hilfskomitees für die Hungernden schreibt Nadel in der „Pravda“, daß dieses Komitee statt sich seiner Aufgabe zu widmen, monarchistische Propaganda betrieben habe und daher von der Regierung aufgelöst werden mußte. (Es erscheint uns für vollkommen unwahrscheinlich, daß die sozialistischen Parteien — Menschewiken und Sozialrevolutionäre — monarchistische Politik betrieben haben sollen. Sie werden aber nur nicht bolschewistische getrieben haben. Und das dürfte zur Auflösung genügt haben.)

Moskau, 1. September. (Kunst.) Im Bezirke Kola, Gouvernement Saratow, und im Gouvernement Podosien, tauchen neuerdings bewaffnete Banden auf. Die mongolische Regierung nahm den Stab der Leiwache des Barons Unger gefangen. Seine Truppen sind endgültig vernichtet. Unger erwartet das Schicksal Koltshals.

Tages-Neuigkeiten.

Die deutschbürgerliche Parole und die „Reichenberger Zeitung“ sind in unserer gestrigen Nummer infolgedessen zu kurz gekommen, als durch ein Versehen das ganze Blatt dieses Blattes weggeblieben ist. Wir wollen unseren Lesern den Genuß des Rätsels nicht vorenthalten, den die „Reichenberger Zeitung“ an die großmütigen deutschnationalen Phrasen ausgestellt hat, und tragen ihn darum im Folgenden nach:

Monatlang ist in der Presse und in Versammlungen gegen die Zeichnung der Telephon-Anleihe Stellung genommen worden. Alle die zahlreichen Protestversammlungen endeten mit einstimmig angenommenen „Entschuldigungen“, daß die Telephon-Abonnenten unter keinen Umständen gewillt sind, die Telephonanleihe zu zeichnen, daß sie sich hierin solidarisch erklären und einmütig dafür einstehen werden, daß dieser Beschluß von allen Telephon-Abonnenten einer Stadt auch eingehalten werde. Auch in Reichenberg fanden solche Protestversammlungen statt. In einer einstimmig angenommenen Entschuldigung, welche die Zeichnung der Telephonanleihe entziehenden ablehnte, wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß alle Telephon-Abonnenten sich zusammenschließen und damit die Durchführung des Gesetzes vereiteln werden. Das Gleiche geschah in anderen Städten mit Telephon-Zentralen. Und das Resultat aller dieser Versammlungen, Entschuldigungen und Proteste? Wir haben es Sonntags aus einer Mitteilung des in der Telephonfrage eingesetzten Reichenberger Ausschusses erfahren. Dieser Ausschuss „stellt die Entscheidung über Zeichnung oder Nichtzeichnung der eigenen Entschuldigung der Telephoninhaber anheim.“ Das heißt so viel als: Jeder kann machen, was

er will! In diesem Falle, er muß zeichnen, damit er sein Telephon nicht verliert! Dieses Resultat ist tief beschämend für unser Volk, entmenslichend für alle jene, welche sich für seine Interessen einsetzen, für seine Rechte kämpfen. Wie in so vielen großen Fragen, gehen wir auch aus dem Kampfe gegen die Telephon-Anleihe mit einer Niederlage hervor, obwohl bei auch nur einiger Opferwilligkeit ein Erfolg nicht ausbleiben konnte. Zur moralischen Niederlage auch noch die materielle: wir zahlten, was die Tschechen uns jetzt vorschreiben und noch vorschreiben werden. In Protestversammlungen und Entschuldigungen sind wir Deutschen in Böhmen groß: Gut und Blut opfern wir für die deutsche Sache mit — dem Rucke; wenn aber irgend ein kleines persönliches Opfer gebracht werden soll, dann sind gar viele nicht zu haben. Und so scheiterte denn auch der Widerstand gegen die Telephonanleihe an der Selbstsucht, dem Eigennutz und dem mangelnden Nationalgefühl. Verbittert über diese Dinge ziehen sich immer mehr Leute von der Betätigung im öffentlichen Leben zurück, das von der Phrase beherrscht wird und sich zu einer Tat nicht aufschwingen kann. Es wäre vielleicht anders gekommen, wenn der Widerstand gegen die Telephonanleihe einheitlich organisiert gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall; jede Stadt ging auf eigene Faust vor. Eintracht macht stark! Das gilt für die wirtschaftlichen Fragen ebenso, wie für die politischen und nationalen. Ein einheitlicher Geist war aber in der ganzen Bewegung nicht zu erkennen. Es fehlte auch wiederum jene Stelle, die der ganzen Aktion Ziel und Richtung angeben hätte. Es fehlte, wie in vielen anderen Fragen, die „Führung“ und ohne eine solche Führung, der sich das ganze Volk unterwerfen muß, ist eben nichts zu erreichen. Gegenüber dem kläglichen Auswege der so viel Aufwand an Kräfte und Energie gekosteten Aktion können wir nur mit dem Ausdruck tiefen Bedauerns konstatieren, daß die Tschechen in ähnlicher Lage eine derartige Bewegung siegreich zu Ende geführt hätten!

Mit den Irztümmern und Dumtheiten, die der „Reichenberger Zeitung“ in ihrer beweglichen Klage unterlaufen sind, haben wir uns schon gestern beschäftigt.

Die Kommissionen zur Regelung der Brotversorgung. Die Regierungsverordnung vom 11. August 1921 (Nr. 270 der Gesetzsammlung) betreffend die Regelung der öffentlichen Versorgung der Bevölkerung mit Getreide und Mahlprodukten (Gesetz vom 15. 4. 1920, Nr. 337 der Gesetz-Sg.) verfügt im § 5, daß in den Gemeinden eigene Kommissionen zu bilden sind, welche zu entscheiden haben, welche Personen in die öffentliche Versorgung aufzunehmen sind. Jede solche Kommission hat aus dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter und vier Mitgliedern der Stadtvertretung, weiter zwei organisierten und zwei nichtorganisierten Vertretern der örtlichen Konsumenten zu bestehen. Gegebenenfalls können auch in solchen Orten, wo ein Wirtschaftsrat besteht, von dieser Körperschaft Delegierte entsendet werden. In Prag wurden acht solche Kommissionen gebildet; zum Mitglied der Kommission 1 (Prag Altstadt und Josefstadt) ernannte der Bürgermeister den Genossen Oberreferenten Ludwig Nisch, Mitglied des deutschen sozialdemokratischen Gemeinderats-Auss. Heute, Freitag, findet um 3 Uhr die erste Plenarsitzung der Mitglieder aller acht Kommissionen im Altstädter Rathaus statt.

Den Besuchern der Prager und der Reichenberger Messe hat das rumänische Verkehrsministerium eine 50prozentige Ermäßigung auf den rumänischen Bahnen gewährt, verlangt jedoch, daß auch die Tschechoslowakei die gleiche Ermäßigung den Besuchern der Bukarester Messe bewillige, die am 11. September eröffnet und bis zum 2. Oktober dauern wird.

Verkehrsausgestaltung zwischen S. G. S. und Rumänien. Wie aus Belgrad gemeldet wird, wurde zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und Rumänien ein Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr, die Erleichterung der Grenzüberschreitung in Banat und über die Ausgestaltung des gegenseitigen Post-, Telegraphen- und Telephondienstes erzielt. Es wurde beschlossen, einen direkten Flugdienst zwischen Belgrad und Bukarest einzurichten und einen internationalen Eisenbahnzug in Verkehr zu setzen, welcher beide Hauptstädte berühren würde. — Technische Uebereinkommen wären auch zwischen der Tschechoslowakei und den Nachbarstaaten dringend erforderlich.

Wie gespart wird. Unter diesem Titel schreiben die „Morodni Listy“: In Wien erhalten wir eine Liquidierungskommission, die nichts zu liquidieren hat, aber — 121 Beamte und Offiziere mit dem gewesenen Minister Zahradnik an der Spitze beschäftigt. Wie recht haben diese „Morodni Listy“. Aber wir erhalten auch ein ungeheueres Heer, das man sich im Interesse der Staatsfinanzen und des europäischen Friedens ruhig wegdenken könnte. Und auch sonst könnte man noch hierzulande sparen. Vielleicht denken die „Morodni Listy“ noch ein wenig nach.

Druck der Reispässe in deutscher Sprache. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungsgörpers teilt mit: Laut einer Mitteilung der politischen Landesverwaltung in Prag wurde der Druck der Reispässe auch in deutscher Sprache bereits verfügt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem Smichower Bahnhof fiel gestern um 11 Uhr nachts der 34 Jahre alte Oberverfrachter Leopold Lapatschek aus Smichow beim Zusammenstellen des Lastzuges von einem Wagen herab, wobei ihm beide Hüfte überfahren wurden. Er wurde in das Allgemeine Krankenhaus überführt.

Die Wohnungsnot der sozialistischen Studenten erfordert dringend die Hilfe der Prager Genossen. Entbehrliche Zimmer mögen baldmöglichst an die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“, Prag II, Smetschky 27-8, bekanntgegeben werden.

An die deutschen sozialistischen Studenten in Prag. Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker an den deutschen Hochschulen in Prag“ richtet an den proletarischen Studenten einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: Auch an der Hochschule gibt es für den Sozialisten viel zu tun und der Sammelpunkt aller, die mithelfen wollen, ist die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag“. Nicht viel hat sie Euch zu bieten — Kommerse und Bälle, Prügeln und Festschnecken veranstaltet sie nicht — viel dagegen von Euch zu fordern: Eure ganze junge Kraft, Eure ganze Arbeitsfreude als Mitkämpfer im großen Ringen der werttätigen Menschheit, damit der Student wieder wie ein in den vordersten Reihen des kämpfenden revolutionären Volkes seinen Mann stelle. Vor allem gilt es, endlich einmal die chinesische Mauer zu durchbrechen, die noch heute die reaktionär-nationalistische Masse der Studentenschaft von dem Denken und Fühlen der arbeitenden Klassen trennt. Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, müssen wir uns selbst in der sozialistischen Erkenntnis weiter bilden: in Seminaren, Diskussionen und Vorträgen unserer Mitglieder, Parteigenossen, wissenschaftlicher Autoritäten und Politiker. Aber auch Kleinarbeit haben wir zu leisten, das studentische Proletariat in all den Ausschüssen und Kommissionen zu vertreten, die die sozialen Einrichtungen an unseren Hochschulen verwalten. Es handelt sich um Freiwohnungen, Freitische, billige Bekleidung, Verpflegung und Lehrmittelbeschaffung und andere Vorteile, die wir unseren proletarischen Kollegen wahren müssen. Lasset Euch nicht von den verschiedenen Studentenvereinen werben, mögen sie auch erklären, unpolitisch zu sein und allen Schichten der Nation zu dienen, national, liberal, gutbürgerlich — im besten Fall mit reformsozialistischem Einschlag — sind sie alle. Genossen, Euer Platz als revolutionäre Sozialisten ist nur in der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker an den deutschen Hochschulen in Prag.“

Überangebot und Messen.

Prager Messe.

Auf dem Gebiet der Messen herrscht große Konkurrenz. Während vor dem Krieg die Messen sehr selten waren, finden auf dem ehemaligen österreichischen Territorium jetzt allein 7 Messen statt. Davon entfallen drei auf die Tschechoslowakei: Reichenberg, Breschburg, Prag, wovon letztere sogar zweimal im Jahre stattfindet. Ob alle diese Veranstaltungen ihre Existenzberechtigung haben, wird erst die Zukunft lehren.

Die Messe bietet dem Besucher einen Überblick über die im Land fabrizierten Güter und überzeugt ihn, daß in den meisten Industriezweigen eine bedeutende Ueberproduktion herrscht, die nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß die Kaufkraft der Konsumenten gesunken ist. Gewiß ist dies nicht die alleinige Ursache des großen Warenangebotes, speziell nicht bei uns in der Tschechoslowakei. Hier spielen gewichtige wirtschaftliche Veränderungen mit. Böhmen und Mähren, einst die Lieferanten der wichtigsten Industrieerzeugnisse des österreichisch-ungarischen Staatswesens, sind heute auf ein Drittel des früheren Absatzgebietes beschränkt. Galizien, Ungarn und Oesterreich sind wegen ihrer entwerteten Wälfuta schlechte Käufer, dank der schlechten Ausfuhrpolitik ist das natürliche Absatzgebiet zum Teil verloren gegangen. Trotz der Messen hat man es in der Tschechoslowakei bisher nicht verstanden, im Ausland dauernde Verbindungen anzuknüpfen. Zwar sind nach dem Umsturz Ein- und Ausfuhrgesellschaften wie Pilze nach dem Regen aus der Erde geschossen, aber die meisten derselben haben ein unruhliches Ende gefunden. Geleitet von dem Streben, „satt“ zu verdienen und die „Hochkonjunktur“ auszunützen, haben sie als „Made in Tschechoslowakia“ die größte Schundware geliefert und so für lange Zeit unsere Erzeugnisse distrebiert.

Zu begrüßen ist die Veranstaltung der Messen, weil durch sie Gelegenheiten geboten ist, alle Neuerungen auf technischem und industriellen Gebiet kennen zu lernen, die diversen Qualitätsunterschiede veranschaulicht zu sehen. Die Messe ist auch ein Gradmesser der Leistungsfähigkeit unserer Indu-

strie. Je internationaler die Messe, je mehr Ausländer an derselben teilnehmen, desto deutlicher wird es sichtbar, ob unsere Produkte mit den ausländischen konkurrieren können. Die Messen sind aber auch sonst lehrreich. Wir sehen da die Desorganisation, die in der kapitalistischen Produktion herrscht. Wir sehen nebeneinander unzählige kleine und große Betriebe derselben Branche, denselben Artikel herstellen, wieviele Ersparnisse könnten gemacht, um wieviel rationeller könnte erzeugt werden, wenn alle diese Betriebe unter tüchtiger Leitung zu großen gemeinschaftlichen Betrieben vereinigt werden könnten. Wenn auf der Reichenberger Messe hauptsächlich die Textilindustrie dominierte, so ist es auf der Prager Messe die Maschinenindustrie. Wir finden die größten Betriebe vertreten. Aber auch die übrigen Industrien wie Leder, Papier, Glas, Porzellan, Lebensmittel sind stark beteiligt.

Gröfnung. — Eine sonderbare Rede Cernys.

Donnerstag, den 1. September vormittags 10 Uhr wurde die Prager Messe in Anwesenheit des Präsidenten der Republik eröffnet, wobei die bei derartigen Anlässen üblichen Reden gehalten wurden. Der Ministerpräsident trat für die Befolgung verschiedener Grundsätze ein, die er sich selbst zu allererst zu Herzen nehmen sollte. Daß der wirtschaftliche Regionalismus überwunden werden muß, ist gewiß notwendig, aber die bisherigen Regierungen der tschechoslowakischen Republik haben verflucht wenig dazu beigetragen. Der Herr Ministerpräsident bemerkte auch, daß man sich vor wirtschaftlichen und sozialen Reformen nicht absperrten könne. — Wir müssen schon sagen, so vorsichtig haben sich seinerzeit nur noch die altösterreichischen Ministerpräsidenten ausgedrückt. An diese Kollegen des Herrn Cerny erinnert auch die scharfe Spitze in seinen Ausführungen, die gegen den Sozialismus gerichtet ist: „Die Republik darf nicht zum Schauplatz utopistischer, nicht ganz durchdachter Experimente gemacht werden, die entweder Träumer anstreben, die nicht imstande sind, die Konsequenzen ihrer in die Praxis umgesetzten Theoreme abzumägen, oder auch von Leuten, die die menschliche Sehnsucht nach einer besseren Zukunft zum Werke des Verderbens mißbrauchen.“ Die Feindschaft des Herrn Cerny werden wir noch aushalten.

Kleine Chronik.

Hetman Machno von Sowjettruppen entwaflnet. Aus Bukarest wird gemeldet, daß der berühmte ukrainische Hetman Machno im Kampfe mit Sowjettruppen geschlagen worden ist. Leicht verwundet entkam er mit seiner Frau und dem Rest der Bande nach Rumänien, wo er entwaflnet und interniert wurde. Einige Sowjetabteilungen verfolgten seine Bande über den Dniester wurden jedoch auf rumänischem Gebiete ebenfalls entwaflnet und interniert.

Das größte amerikanische Luftschiff durch Explosion zerstört. New York, 31. August. Das amerikanische Luftschiff D-6, das größte Luftschiff der Vereinigten Staaten, ist auf der Manneflation von Hokaway Point durch eine Benzinexplosion zerstört worden.

Gasexplosion in einer Pariser Bar. Gestern früh um 5 Uhr ereignete sich eine sehr starke Gasexplosion in einer Bar in der Nähe des Bahnhofs St. Lazar. Die Nachforschungen nach der Ursache der Explosion werden durch die große Masse der Trümmer sehr erschwert. Der Sachschade ist bedeutend. Der erste Tod des Gebäudes droht einzustürzen. Ungefähr 20 Personen wurden verletzt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Textilarbeiterstreik in Grottau.

In Grottau ist ein Großteil der Textilarbeiter aus der „Union der Textilarbeiter“ ausgestreut und hat den von der Union mit dem Unternehmer abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt. Die Arbeiter haben die Unternehmer ersucht, die Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag aufzunehmen, was aber diese ablehnten. Die Arbeiter gerieten darob in große Erregung, es kam zu Zusammenstößen, die Gendarmerie griff ein, verhaftete vier Arbeiter und transportierte sie nach Reichenberg. Die Folge hiervon war, daß die Arbeiter auch der anderen Branche in den Ausfluß traten. Die Verhafteten wurden inoffen bald freigelassen und der sogenannte „Generalausschuß“ hierauf eingestellt. Die Textilarbeiter streifen weiter. Der Vorstand der Union der Textilarbeiter lehnt in einem Rundschreiben die Verantwortung für den Streik mit nachstehender Begründung ab: Wir haben mit dem Industriellenverbande einen Tarifvertrag abgeschlossen, der gegenwärtig für unsere Textilarbeiter noch Gültigkeit hat. Der Bezirksausschuß der Zentralgruppe Reichenberg hat in seiner Sitzung am 20. d. M. einstimmig beschlossen, daß der Tarifvertrag am 1. September noch nicht zu kündigen ist. Es sprechen eine ganze Reihe wichtiger Gründe dafür, daß wir noch eine zutreffende Haltung einnehmen, bis wir vollständig klar die Situation auf dem Lebensmittelmarkt und den Beschäftigungsgrad in unserer Textilindustrie überblicken können. Die waren un-

gere Arbeiter davon, sich unter keinen Umständen in diesen gefährlichen kommunistischen Bultsch hineinziehen zu lassen. Die Folgen würden sein, daß unsere Arbeiterschaft dies nicht eine schwere Niederlage büßen müßte. Falls es notwendig sein sollte, werden die Vertrauensleute zusammengedrückt, um ihre weitere Entscheidung zu treffen. Auf keinen Fall darf aber ohne Zustimmung der Unionleitung und des Sekretariates der Textilarbeiter in Reichenberg eine Beteiligung an diesem Streife erfolgen.

Gewerkschaftskonferenz in der Slowakei. Das „Pravo Lidu“ meldet über eine gewerkschaftliche Konferenz in Olomok, welche am 28. August stattgefunden hat und auf der 33 Orte mit 16.450 Mitgliedern aus zwei Gauen der Slowakei vertreten waren. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher ausgeführt wird, daß im vergangenen Jahre unter die Arbeiterschaft keine gekommen wären, welche durch ihre verantwortungslosen Taten und ihre Unfähigkeit, die Arbeiterschaft in unvorbereitete und ungleiche Kämpfe führen, wobei sie ihnen alles Mögliche versprochen. An ihrer Spitze stehen die Mitglieder des Gewerkschaftsrats mit dem kommunistischen Abgeordneten Karl Svoboda. Das Ergebnis dieser Arbeit ist für die Arbeiterschaft Niederlage auf Niederlage. Die verkommenen Vertreter billigen das Vorgehen der tschechischen Zentralgewerkschaftskommission, welche Svoboda von seinem Posten entfernt hat und geloben, auf den beherrschten Wegen der tschechischen Gewerkschaften weiterzugehen. — Die Konferenz ist in bezugnehmendes Symptom für die Entwicklung der Verhältnisse in der slowakischen Arbeiterbewegung.

Aus dem Bauarbeiterverband. Vom Deutschen Bauarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik, in Reichenberg, wird uns geschrieben: Das kommunistische Gewerkschaftsbureau in Reichenberg strengt sich in letzter Zeit besonders an, die bekannten organisationszerstörenden Tendenzen auch in unserem Verbande zum Durchbruch zu bringen. In einigen Ortsgruppen propagieren Besatzkräfte dieses Bureaus die Petrospekere an den Verband und versuchen dafür Propaganda gegen Eingebung des üblichen Bodenbesitzes an leistungsfähige Kapitalisten abzugeben. Den Mitgliedern wird vorgeschwindelt, daß ihnen durch den Kauf der Propaganda die Rechte beim Deutschen Bauarbeiterverband gewahrt bleiben, und da am nächsten Verbandstag alle Anwesenden, die nicht Kommunisten sind, davonjagt werden, diese Karten Anerkennung finden müssen. Ob der Wunsch dieser neuen Kette der Arbeiterschaft, daß nämlich alle nichtkommunistischen Angestellten davonjagt werden, in Erfüllung geht, darüber wird der Verbandstag entscheiden. Vorherhand ist Tatsache, daß jedes Mitglied, welches kein Verbandsmann ist, kommunistische Propaganda nicht, sich selber außerhalb unserer Organisation stellt und deshalb seiner erworbenen Rechte verlustig wird.

Textilarbeiterstreik in Frankreich. Wie überall versuchen auch in Frankreich die Unternehmer den Lohnabbau durchzuführen. Die Folge derartiger Bestrebungen ist ein großer Textilarbeiterstreik, der gegenwärtig in den Gebieten von Roubaix, Lille und Tourcoing ausgebrochen ist. Viele tausende französischer Textilarbeiter sind an diesem Kampfe beteiligt.

Streiks in Argentinien. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Argentiniens scheinen sich in letzter Zeit gebessert zu haben. Die Ausfuhr an Getreide erhöht sich von Woche zu Woche. Auch im Wollgeschäfte ist deutlich eine Besserung zu bemerken, so daß man eine gewisse Hoffnung haben könnte, daß die schlimmste Zeit vorüber ist. Da drohen jedoch neue Schwierigkeiten. Der Selenarbeiterstreik zieht immer weitere Kreise und droht in einen Generalausstand überzugehen. Die Chauffeure haben sich ihm schon angeschlossen, die Bäcker sind gefolgt und einzelne Fabriken haben schließen müssen. Der Kampf hat schon zu blutigen Zwischenfällen geführt. Die Streikbewegungen haben in Argentinien überhaupt in letzter Zeit einen recht erheblichen Umfang angenommen. Auch hier mögen ein paar statistische Zahlen eine beredte Sprache führen: In den Jahren 1913 bis 1915 gab es durchschnittlich 61 Streiks, von denen jährlich etwa 14000 Arbeiter betroffen wurden. In der Zeit zwischen 1916 bis 1919 erhöhte sich die Anzahl der Streiks schon beträchtlich auf 2333, wodurch in diesen drei Jahren 133000 bzw. 136000 bzw. 309000 Menschen betroffen wurden. Ungefähr zwei Drittel der Streiks hatten Lohnforderungen als Ursache, während es sich in den übrigen Fällen um die Anerkennung der Arbeiterorganisationen handelte.

Verlängerung der Wirksamkeit der tschechoslowakischen Spirituskommission. Das Finanzministerium teilt mit, daß nachdem der der Nationalversammlung vorgelegte Gesetzentwurf wonach ab 1. September die tschechoslowakische Spirituskommission aufgelöst werde und statt ihrer eine Handelsgesellschaft errichtet werden sollte, nicht verfassungsmäßig erledigt wurde, die Regierung mit Verordnung vom 25. August bestimmt habe, daß die Spirituskommission weiter in Wirksamkeit verbleibt.

Die Ueberwindung der tschechoslowakischen Petroleumindustrie. „Rube Pravo“ meldet, daß in diesen Tagen die Vertreter der Standard Oil Company nach Prag kommen werden, die gewillt sind, der tschechoslowakischen Regierung eine Anleihe von 2 Milliarden tschechischer Kronen zu bewilligen. Bedingung ist, daß der tschechoslowakische Staat ausschließlich der genannten Gesellschaft Konzessionen auf Petroleumbohrungen in

der Slowakei erteilt. In der Slowakei sind bekanntlich jüngst Petroleumquellen gefunden worden. Die Konzessionen sollen sich auf ein Gebiet von 9000 Quadratkilometer erstrecken.

Der tschechoslowakische Gütertarif. Am 1. August 1921 ist der erste gedruckte tschechoslowakische Gütertarif erschienen. Reichlich spät, alle anderen Nachfolgerstaaten, sogar Polen, sind schon früher an die Drucklegung des ersten Gütertarifes geschritten. Der Tarif ist sowohl in tschechischer als auch in tschechisch-deutscher Sprache erschienen, die Stationen sind auch in der deutschen Ausgabe gleich in tschechischer Sprache enthalten. Zum Beispiel auch in der deutschen Ausgabe heißt Esper C h e b und Reichenberg Liberec.

Die Erneuerung der Kleinpachtungen. Der rücksichtslose Kampf der profitgierigen Agrarier gegen die armen Kleinpächter zwang die Regierung und Gesetzgebung, wonach das Pachtverhältnis automatisch — unter gewissen Bedingungen verlängert wurde. Auf Drängen der sozialdemokratischen Abgeordneten beschloß das Abgeordnetenhaus und der Senat heuer ein Gesetz, das die Pachtdauer von einem auf 3 Jahre verlängert. Diefem Fortschritte stehen leider rigorese Bestimmungen gegenüber, welche für die Pächter Handhaben zu Schikanen gegen die Pächter abgeben. — Der Wunsch nach raschem Inkrafttreten des Gesetzes war umso allgemeiner, als zahllose Pächter gekündigt worden und in Gefahr waren, ihre Existenz zu verlieren. Da sich die Herausgabe des Gesetzes zu verzögern schien, sprachen am 1. September die Abgeordneten und Genossen Leibl und Schweichhart im Ackerbauministerium vor, um nach dem Schicksal des Gesetzes zu fragen. Nach von der eingeholten Information aus der Kanzlei des Präsidenten ergibt sich, daß das Gesetz am 28. August vom Präsidenten der Republik unterschrieben wurde und in den nächsten Tagen publiziert wird. Die Kleinlandwirte, denen die Agrarier vom Schicksal der Landbinden an die Existenz wölten, können nun wieder frei aufatmen.

Händler und Kleinlandwirte verärgert nicht die Refusfrist bezüglich der Getreidelieferung. Alle Kleinlandwirte, welche nicht in der Lage sind, die ihnen vorgeschriebene Getreidemenge zu liefern, haben sofort den Refus an die zuständige politische Bezirksverwaltung einzubringen und sind bereits Gesuchsformulare allen Ortsgruppen der Kleinlandwirte bekanntgegeben worden. Bezüglich Abschreibung eines 30 prozentigen Nachlasses ist nachstehende Eingabe zu machen: „An die politische Bezirksverwaltung in . . . Die Ortsgruppe des Zentralverbandes Deutscher Kleinbauern und Hausler in . . . fordert hiemit höflichst, daß den kleinen Landwirten in der Gemeinde . . . eine um 30 Prozent niedrigere Getreidelieferung vorgeschrieben werde als ursprünglich festgesetzt wurde. Wir begründen dieses Ersuchen damit, daß die Grundstücke in der hiesigen Gemeinde weniger fruchtbar sind und daß ihr Ertrag unbedeutend ist. Der durchschnitt-

liche Ertrag von 1 Hektar beträgt durchschnittlich . . . Kilogramm. Wir hoffen, daß unsern Verlangen stattgegeben wird und bei der Aufteilung des Kontingents auf die einzelnen Gemeinden nicht übersehen werden wird. Damm, Stampiglie, Unterschrift des Obmannes und Schriftführers. Weiters machen wir bekannt, daß unsere Abgeordneten eine Aktion zur Herabsetzung des Lieferungskontingentes für Kleinlandwirte eingeleitet haben, über deren Ausgang wir berichten werden.

Der Stand der Krone. Es kosten heute: 100 holländische Gulden 2651.60 K., 100 Mark 98 K., 100 Schweizer Franken 1426.50 K., 100 dänische Kronen 1481.50 K., 100 schwedische Kronen 1811.50 K., 100 Lire 367 K., 100 franz. Franken 655.50 K., 1 Pfund Sterling 312 K., 1 Dollar 83.25, 100 Dinare 186.75, 100 Lei 98.50 K., 100 österreichische Kronen 7.90 K., 100 polnische Mark 2.95 K., 100 jugoslaw. Kronen 17.025 K., 100 ungarische Kronen 21.60 K.

Aus der Partei.

Die Vereinigung der Sternberger „Vollstreckung“ und der Mähr.-Schönberger „Vollstreckung“, von den Genossen des Mährischer Wohlfreies seit langem angestrebt, ist nunmehr erfolgt. Das neue Blatt erscheint in Olomok unter dem Titel „Vollstreckung“, Organ der tschechischen sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis XII: Olomok. Wir begrüßen den Zusammenschluß der beiden Organe, das Ergebnis vieler Verhandlungen und Konferenzen, als einen bedeutenden Fortschritt unserer mährischen Partei.

Kreisversammlung in Warasdorf. Sonntag, den 11. September findet um halb 9 Uhr vormittags im Vereinshaus in Warasdorf die ordentliche Kreisversammlung statt. Tagesordnung: Konstituierung, Bericht, Presse, Parteiverwaltung, Organisation und Bildungsarbeit, Neuwahl der Kreisverwaltung, Eventuelles.

Kreisversammlung in Troppau. Sonntag, den 2. Oktober um halb 9 Uhr vormittags beginnen in Troppau die Verhandlungen der ordentlichen Kreisversammlung der Kreisorganisation Troppau. Tagesordnung: Konstituierung, Bericht, Presse, Organisation und Bildungsarbeit, Neuwahl der Kreisverwaltung, Eventuelles.

Bezirksversammlung in Kuffa. Sonntag, den 18. September findet um halb 9 Uhr vormittags im Volkshaus in Kuffa die ordentliche Bezirksversammlung für Kuffa-Land statt. Tagesordnung: Bericht, parlamentarische Tätigkeit, Organisation und Presse, Neuwahl, Eventuelles.

Bezirksversammlungen.

Mähr.-Schönberg. Sonntag, den 11. September, um halb 10 Uhr vormittags, findet im Saale des Arbeiterheimes in Mährisch-Schönberg die diesjährige ordentliche Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: Bericht, Presse, Parteitag, Neuwahl, Allfälliges.

Trautenau. Für den Bezirk Trautenau findet die Parteibeiratsversammlung am 25. September 9 Uhr vormittags statt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Die günstigste Gelegenheit zur Beseitigung der Geschäftskrise.
Reiche und billigste Einkaufsquelle.
Dauerhafte Finanzquelle bietet der Besuch der grössten Mustermesse der tschechoslowakischen Republik.
 Über 3000 Aussteller. Die besten in- und ausländischen Waren in reicher Auswahl: Glas, Porzellan, keramische Erzeugnisse, Gablonzer Bijouterie, Leder, Schulwaren, Handschuhe, Maschinen-Einrichtungen, Automobile, Metall- und Emailwaren, chemische Erzeugnisse, Textilien, Strohh- und Filzhüte, Spitzen, Knöpfe, Papier und Papierwaren, Möbeleinrichtungen, Holzwaren, Musikinstrumente, Nahrungsmittel, Liköre, Rohstoffe, Halbfabrikate, als auch Erzeugnisse aller Industrie-Zweige kaufen Sie schnellstens billigst auf der

III. Herbstmesse in Prag vom 1. bis 8. Sept. 1921.

Vollständiger Markt der landwirtschaftl. Maschinen und aller Erfordernisse für den Landwirt und für die landwirtschaftl. Industrie.
VORTEILE: 50% Nachlass auf den Bahnen, Sonderzüge, Passvorteile und Einquartierung, Dolmetscherdienst und zahlreiche andere, über Vorweisung des Abzeichens und der Legitimation, welche herausgegeben und erteilt werden.
 Vertretungsämter der tschechoslowakischen Republik. Amtsvertreter der Prager Mustermesse oder Messekanzlei: **Prag I., Altstädter-Rathaus.**

Optiker Deutsch
 Graben 25 **Prag Kl. Bazar**
 10 **Moderne Brillen, Zwicker, Reisszeuge.**

Redakteur sucht möbliertes Zimmer
 (Frühstück, elektr. Licht), sofort zu mieten. Zuschriften erbeten an: L. G., Prag II., Havlicekplatz 32.

Brüder Tauber
 Weingrosshändler
 Weingrutsbesitzer
 Prag-Miscan

BÜRSTEN,
 Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberg Art liefert direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften
S. ADLER, 6
 Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Ges. m. b. H. Markt Eisensteil, Böhm. Wald.

Kautschuk-Stampiglien
 erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel
 Prag II., Nekazanka 18.

11 **Besuchet das LIDO BIO**
 Havliczkova ul. 5.
 !! **Erstklassiges Programm !!**

Libaner Presshefe
 bester Qualität offeriert
 Libaner Presshefe-Handels-Gesellsch.
 Zentrale: Prag, Rybní ulice 13.
 25 **Fabrik: Liban.**

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!